Rede der

Bundesministerin der Justiz

und für Verbraucherschutz

Christine Lambrecht

beim Festakt „250 Jahre Pfandbrief“ des Verbandes Deutscher Pfandbriefbanken

am 28. November 2019

in Berlin

Begrüßung und Einstieg

Ein berühmter deutscher Staatsmann hat einmal gesagt:

„Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt.“

Gemeint waren die Steuern und Abgaben, die schon damals den Etat im Wesentlichen finanzierten.

Vielleicht kam ihm bei dieser Gelegenheit der Gedanke, dass man die Einnahmen auch dadurch erhöhen könnte, indem man die Wirtschaft in Schwung bringt und ihnen deshalb dazu verhilft, leichter Kredite zu bekommen.

Wir wissen nicht, ob Friedrich der Große, der zitierte Staatsmann, wirklich so planvoll vorging, als er den Pfandbrief erfunden hat.

Aber das Zitat zeigt doch nachdrücklich, dass er ein Bewusstsein dafür hatte, dass Wohlstand erarbeitet werden muss.

Vielleicht war es dieses Bewusstsein, das dazu führte, dass er offen war für neue Wege der Finanzierung der Wirtschaft, die damals vor allem noch eine Landwirtschaft war.

Jedenfalls schuf er schließlich im Jahr 1769 – vor genau 250 Jahren - mittels Kabinettorder die rechtlichen Voraussetzungen für die ersten Pfandbriefe. Er setzte damit eine unvergleichliche Erfolgsgeschichte in Gang, die wir heute feiern.

In diesem Sinne:

Vielen Dank für die Einladung und Ihre nette Begrüßung, lieber Herr Hagen, und vielen Dank für die Gelegenheit, zu Ihnen zu sprechen.

Unsichere Zeiten…

Anrede,

die Zeiten, in denen wir leben sind turbulent – und durchaus besorgniserregend.

Der geplante bzw. eher: ungeplante Brexit steht unmittelbar bevor – nach Jahren der Unsicherheit, wie es weitergeht.

Wir erleben einen erstarkenden Rechtsextremismus in Deutschland, der sich durch einen zunehmenden Hass im Netz, antisemitische Übergriffe, Morddrohungen und sogar tatsächliche Morde äußert.

Und obwohl die demokratischen Institutionen funktionieren, wird der demokratische Rechtsstaat mehr und mehr in Frage gestellt. Und zwar nicht mehr nur von Einzelpersonen.

Die aktuelle Zeit ist eine Herausforderung für die Politik, aber auch für die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft.

… können Stabilität gut gebrauchen

Als „Stabilitätsanker“ wurde in diesen Zeiten immer wieder etwas bezeichnet, was in diesem Jahr ein rundes Jubiläum feiert:

Damit meine ich nicht ‚250 Jahre Pfandbrief‘, sondern – 70 Jahre Grundgesetz.

Nach meinem Wechsel vom Bundesfinanz- in das Bundesjustizministerium war ich in diesem Jahr naturgemäß auf mehr Jubiläumsfeiern des Grundgesetzes als des Pfandbriefs – ich hoffe, das sehen Sie mir nach.

Gleichwohl hat das Bundesjustizministerium eine besondere Beziehung zum Pfandbrief.

Denn wir bzw. unsere Vorläufer waren über 100 Jahre federführend für das Pfandbriefrecht, nämlich für das Hypothekenbankgesetz vom 1.1.1900, dessen 120jähriges Jubiläum wir ebenfalls feiern könnten. Dieses Gesetz wurde durch das Pfandbriefgesetz im Jahr 2005 abgelöst und seither ist das Bundesfinanzministerium zuständig.

Aber ich weiß, dass keineswegs nur das Grundgesetz die Bezeichnung ‚Stabilitätsanker‘ verdient hat, sondern genauso der Pfandbrief. Bis heute ist er unverzichtbar, um verschiedene Bereiche der Wirtschaft zu finanzieren und zeichnet sich durch Verlässlichkeit und weitgehende Risikofreiheit aus.

Dazu gratuliere ich Ihnen als Verband Deutscher Pfandbriefbanken, die Sie gewissermaßen das Erbe Friedrichs des Großen angetreten haben, ganz herzlich!

Grundgesetz und Pfandbrief: Erstaunliche Parallelen

Anrede,

tatsächlich gibt es eine ganze Reihe von Parallelen zwischen dem Grundgesetz und dem Pfandbrief.

Erstens: Innovativ

Beide waren bei ihrer Einführung ein äußerst innovatives Konstrukt.

Für den Aufbau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats in Deutschland liegt das unmittelbar auf der Hand.

Aber es gilt genauso für den Pfandbrief:

Die Wirtschaft anzukurbeln, indem man sich über die Ausgabe von Briefen refinanziert und das ganze hoheitlich reguliert:

Das war etwas völlig Neues!

Zweitens: Erfolg und Etablierung

Beide haben sich total unumstritten durchgesetzt. Pfandbriefe sind aus der Banken- und damit Wirtschaftsfinanzierung nicht mehr wegzudenken.

Und genauso hat sich auch das Grundgesetz durchgesetzt, das uns als Land zum ersten Mal eine stabile und freiheitliche Demokratie und zugleich wirtschaftlichen Wohlstand gebracht hat.

Und ich ergänze:

Es ist unsere Verantwortung, dies alles zu erhalten und zu verteidigen gegen die Antidemokraten, die die Demokratie aushöhlen und den Rechtsstaat abschaffen wollen, meine Damen und Herren.

Drittens: Exportschlager

Beide – Grundgesetz und Pfandbriefe – haben sich zum absoluten Exportschlager entwickelt.

Der Pfandbrief hat sich auf der Welt und ganz maßgeblich in Europa durchgesetzt. Viele Länder setzen auf Produkte, für die der Pfandbrief zumindest Vorbild war: die Covered Bonds.

„The Pfandbrief“ versteht man auf den internationalen Finanzmärkten auch ohne Übersetzung.

Und beim Grundgesetz?

„The Grundgesetz“ hat sich zwar nicht so etabliert wie „the Pfandbrief“, aber:

In den Neunzigerjahren hatte die deutsche Verfassung Vorbildcharakter für viele der im ehemaligen Ostblock erwachenden Demokratien.

Anders als es Jean-Claude Juncker vor kurzem scherzhaft in einem Interview sagte, liegt das nicht in der Natur der Sache, weil Deutschland einfach eine Exportnation wäre.[1]

Sondern es liegt daran, dass beides sorgfältig arrangierte Konstruktionen sind, die gewissenhaft ausbalanciert und deshalb zur Nachahmung empfohlen sind.

Viertens: Stete Anpassung an den Wandel

250 Jahre Pfandbrief bedeuten, dass die Idee 250 Jahre alt ist. Natürlich wäre dieses Produkt kaum so erfolgreich geblieben, wenn sich die Regulierung nicht an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst hätte.

Das Hypothekenbankgesetz wurde mehrfach angepasst, zum Beispiel um der Internationalisierung der Finanzmärkte Rechnung zu tragen.

Im Jahr 2005 hat die rot-grüne Bundesregierung schließlich das Pfandbriefgesetz geschaffen, mit dem das Pfandbriefgeschäft für alle Kreditinstitute geöffnet wurde.

Einzelne Schwachstellen, die sich in der Finanzkrise offenbarten, ließen sich ganz zügig beseitigen.

Das gelang so gut, dass Pfandbriefe später bewusst von der verschärften Regulierung von Finanzprodukten ausgenommen wurden, die als Reaktion auf die Finanzkrise folgte!

Und so sind Grundgesetz wie auch die Pfandbriefe letztlich Beispiele für das, was wir „Gute Gesetzgebung“ nennen:

Gesetzgebung, die auf Wandel reagiert, vorausschauend handelt und anpassungsfähig ist.

Diese Anpassungsfähigkeit besteht weiterhin. So haben Banken schon seit einigen Jahren – lange bevor das Thema so prominent in der Öffentlichkeit war wie in diesem Jahr – damit begonnen, Pfandbriefe auszugeben, die bewusst nachhaltige Kriterien einhalten.[2]

Appell: die Gesellschaft zusammen halten

Anrede,

ich bin nicht besonders konservativ und finde Stabilität nicht *per se* gut – oft kämpfe ich vielmehr für Veränderungen.

---

[1] https://www.pfandbrief.de/site/de/vdp/pfandbrief/jubilaeum/250-Jahre-Pfandbrief/vdpsagtdankefritz/juncker.html

[2] Sog. „Grüne Pfandbriefe“, https://www.fundresearch.de/nachhaltigkeit/mindeststandards-fuer-gruene-pfandbriefe.php

Das Pfandbrief-System ist aber ein sehr willkommener Stabilitätsanker in unserer Gesellschaft. Ich wäre froh, wenn es in noch mehr Bereichen der Gesellschaft ähnlich zuverlässige Stützen gäbe.

Meine Bitte ist daher:

Lassen Sie uns dieses Jubiläum gebührend feiern!

Aber lassen Sie uns auch gemeinsam die übrigen gesellschaftlichen Herausforderungen in den Blick nehmen:

Die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus, die Beseitigung der wachsenden sozialen Ungleichheit, die Abwehr von Angriffen auf Demokratie und Rechtsstaat und das Eintreten für den Zusammenhalt Europas.

Lieber Herr Hagen, stellvertretend an Sie für alle, die sich in Ihrem Verband

und in den Banken dafür engagieren, die hohe Qualität des Pfandbriefs zu erhalten:

Herzliche Dank für Ihre Arbeit und alles Gute!